

Potsdam, 25. Juni 2026

Meine Damen und Herren,
verehrte Gäste,
liebe Absolventinnen und Absolventen der Universität Potsdam,

im Jahr 1988 – ich war elf Jahre alt – beschlossen meine Eltern, mich zum ersten Mal auf eine Auslandsreise zu schicken. Das bedeutete damals, die Ferien in einem der Länder des sowjetischen Machtbereichs zu verbringen. So verlebte ich zwei wunderschöne Wochen in einem Dorf nahe Wismar in der DDR. Für mich war das der Westen – denn anders als in Polen war es dort sehr leicht, an Schokolade zu kommen.

Doch genau zu dieser Zeit erlebten wir auch, wie Geschichte geschrieben wurde. In Polen begann eine neue Welle von Streiks. Eine jüngere Generation von Arbeiterinnen und Arbeitern forderte ihre Rechte ein, nachdem das Kriegerrecht die Solidarność-Bewegung 1981 zum Schweigen gebracht hatte. Es kursierten Gerüchte, dass wir möglicherweise nicht mehr nach Polen zurückkehren könnten, ja sogar, dass sowjetische Panzer in unser Land einmarschieren könnten.

Glücklicherweise konnten wir dann doch nach Hause zurückkehren. Und schon im folgenden Jahr erlebten wir einen tiefgreifenden historischen Wandel. Im Juni 1989 fanden in Polen freie Parlamentswahlen statt. Deutschland bewegte sich in Richtung Wiedervereinigung, und die DDR verschwand von der Landkarte. Gleichzeitig füllten sich auch die polnischen Geschäfte mit Schokolade. Eine neue polnische Verfassung wurde auf den Weg gebracht, und der Höhepunkt dieser gesellschaftlichen Transformation war schließlich fünfzehn Jahre später der Beitritt Polens zur Europäischen Union.

Um es mit den Worten von Francis Fukuyama zu sagen: Das Ende der Geschichte schien erreicht zu sein.

Doch es bleiben Erinnerungen. Sie prägen unser Verständnis von Ereignissen. Sie bringen uns dazu, nach Ursachen, Hintergründen und Folgen zu fragen. Und als Wissenschaftler, der sich mit Menschenrechten beschäftigt, stellt man sich diese Fragen umso mehr.

In der Präambel der polnischen Verfassung von 1997 heißt es, sie werde verabschiedet

„im Gedenken an bittere Erfahrungen aus der Zeit, in der die Grundfreiheiten und Grundrechte der Menschen in unserem Vaterland verletzt wurden“,

und sie bekräftigt,

„dass die Menschenrechte stets zu gewährleisten sind“.

Es darf kein Zurück geben – die Menschenrechte müssen jederzeit geschützt werden.

Für die polnischen Eliten stand es in den 1990er Jahren völlig außer Frage, dass ihre Aufgabe darin bestand, einen Verfassungsstaat auf der Grundlage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte aufzubauen.

Ich frage mich jedoch schon seit Längerem, ob meine Studierenden dies heute noch genauso sehen. Wie erklärt man den Wert der Freizügigkeit Menschen, die nie ihren Aufenthaltsort registrieren lassen mussten, die nie gezwungen waren, sich auf eine bestimmte Stadt als Wohnort festzulegen, und die sich heute nahezu ohne Einschränkungen durch Europa bewegen können?

Vor einiger Zeit habe ich ein großartiges Buch von Inga Markovits gelesen: *Gerechtigkeit in Lüritz. Eine ostdeutsche Rechtsgeschichte*. Darin beschreibt sie die Arbeit eines gewöhnlichen Kreisgerichts irgendwo in Mecklenburg. Um die Privatsphäre der Beteiligten zu schützen, verwendet die Autorin für den Ort ein Pseudonym. Das Buch enthält zahlreiche Beispiele dafür, wie zu DDR-Zeiten Gerichte und einzelne Staatsanwältinnen und -anwälte sowie Richterinnen und Richter handelten – und wie politische Instrumentalisierung und Unterordnung mit dem Bemühen um Rationalität, juristische Disziplin und Ansätze rechtsstaatlicher Gesetzesauslegung verflochten waren.

Heute, 37 Jahre später, habe ich das Gefühl, dass sich ähnliche Entwicklungen auch im 21. Jahrhundert wieder ereignen könnten. Geschichte wiederholt sich vielleicht nicht eins zu eins. Doch selbst moderne Demokratien können fragil sein und politischen Versuchungen nicht immer standhalten. Polen zwischen 2015 und 2023 ist dafür ein eindrückliches Beispiel.

Nachdem Polen der Europäischen Union beigetreten war und enorme wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Fortschritte erzielt hatte, wuchs in der polnischen Gesellschaft die Unzufriedenheit über Einkommensunterschiede und zunehmende soziale Ungleichheit. Dies ebnete den Weg für populistische Kräfte, die 2015 die Wahlen gewannen und zügig damit begannen, die staatliche Macht zu zentralisieren. Nach der politischen Vereinnahmung des Verfassungsgerichts verabschiedete das Parlament gemeinsam mit dem ihm ergebenden Staatspräsidenten Gesetze, die die Rechtsstaatlichkeit bedrohten.

Erstens wurde die Unabhängigkeit der Justiz beschnitten.

Zweitens fingen Politikerinnen und Politiker an, gerichtliche Entscheidungen offen zu kritisieren.

Drittens wurde damit begonnen, nach politischen Kriterien Einfluss auf die Auswahl von Richterinnen und Richtern zu nehmen. Und im Justizapparat fanden sich stets Karrieristen und Opportunisten, die bereit waren, trotz ihrer verfassungsrechtlichen Bedenken an solchen Verfahren mitzuwirken.

Viertens wurden Richterinnen und Richter, die sich für die richterliche Unabhängigkeit einsetzten, von eigens dafür geschaffenen Disziplinarkammern verfolgt. Stanisław Piotrowicz, damals Vorsitzender des Ausschusses für Justiz und Menschenrechte im polnischen Parlament, erklärte 2017:

„In Polen herrscht die Nation – der Souverän –, und die Richter müssen verstehen, dass ihre Rolle dem Staat und der Nation untergeordnet ist.“

Letztlich zielten all diese Veränderungen darauf ab, die politische Führung von jeglicher Rechenschaftspflicht zu entbinden und ihren Machterhalt bei künftigen Wahlen zu sichern.

Heute erkennen wir beim Blick auf einige Länder, zuletzt vor allem die Vereinigten Staaten, wie sich ähnliche Muster wiederholen. Die Exekutive – unterstützt von großen Konzernen – testet die Grenzen ihrer Macht. Jedes Dekret, jede öffentliche Erklärung, jede Einschüchterung von Anwältinnen und Anwälten, jede verweigerte Untersuchung und jede Suche nach Sündenböcken ist ein Versuch, die Grenzen weiter zu verschieben. Manchmal stellen sich Gerichte und Anwältinnen und Anwälte dagegen. Doch die Lawine rollt derzeit noch mit solcher Kraft, dass sie nicht gestoppt werden kann.

Der polnische Dichter Czesław Miłosz schrieb 1947:

„Die Lawine ändert ihre Richtung je nachdem, auf welche Steine sie auf ihrem Weg trifft.“

Glücklicherweise war die polnische Zivilgesellschaft stark genug, Widerstand zu leisten.

Anfänglich bestand dieser Widerstand aus den kleinen Steinen der sogenannten Straßenopposition.

Doch diese Steine wurden immer größer – durch zivilgesellschaftliches Engagement, strategische Prozessführung, transnationale Zusammenarbeit und Solidarität sowie durch Aufklärungsarbeit über Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Auch die Europäische Union leistete dabei wichtige Unterstützung.

Schließlich fanden die „Steine der Rechtsstaatlichkeit“ weitere Verbündete: Frauenrechtsorganisationen, LGBT+-Initiativen sowie Unternehmerinnen und Unternehmer, die von staatlichem Machtmissbrauch betroffen waren.

Die Parlamentswahlen vom 15. Oktober 2023 markierten schließlich das Ende eines illiberalen Regimes. Die neue Regierung begann mit der schwierigen Aufgabe, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen und die bisherigen Akteure für ihren Machtmissbrauch zur Verantwortung zu ziehen. Das war und ist ein langer, steiniger Weg – insbesondere dann, wenn man den Rechtsstaat wieder aufbauen möchte.

Dabei darf man nicht vergessen, dass viele Menschen vom vorherigen politischen System profitiert haben und sich eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen wünschen würden. Dennoch besteht die Chance, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen wiederhergestellt wird.

Die polnische Erfahrung des Niedergangs des Rechtsstaates und seiner aktuellen Wiederherstellung kann auch für andere Länder eine wichtige Lehre sein.

Erstens müssen die Justiz und andere Kontrollinstitutionen möglichst stark sein, um feindliche Übernahmen oder die schrittweise Aushöhlung ihrer verfassungsmäßigen Funktion verhindern zu können.

Zweitens können demokratische Institutionen ohne die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger nicht bestehen. Timothy Snyder schrieb vor zehn Jahren, im Dezember 2016:

„Institutionen helfen uns, den Anstand zu bewahren. Doch auch sie brauchen unsere Hilfe. Institutionen verteidigen sich nicht selbst. Wenn wir nicht jede einzelne von Anfang an schützen, werden sie nacheinander zusammenbrechen. Wählen Sie daher die Institution, die Ihnen besonders am Herzen liegt – ein Gericht, eine Zeitung, ein Gesetz oder eine Gewerkschaft – und stellen Sie sich an ihre Seite.“

Vor diesem Hintergrund bin ich überzeugt, dass die polnischen Parlamentswahlen des Jahres 2023 vor allem dank der polnischen Zivilgesellschaft gewonnen wurden. Wenn wir heute auf Ungarn blicken, verbinden viele die aktuellen Veränderungen mit dem Namen Péter Magyar. Doch entscheidend bleibt die Widerstandskraft der Zivilgesellschaft. Sie war ausschlaggebend dafür, die Lawine antidemokratischer Entwicklungen aufzuhalten und insbesondere jene Institutionen zu schützen, die demokratische und europäische Werte sichern.

Heute sind sich die jüngeren Generationen der Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit möglicherweise nicht bewusst, weil sie diese nie selbst erlebt haben – anders als ihre Eltern oder Großeltern.

Demokratische Grundwerte erscheinen vielen selbstverständlich, und die Lehren der Geschichte werden oft nicht weitergegeben. Deshalb sind junge Menschen möglicherweise anfälliger für die Argumente von Populisten, die auf jede Frage eine einfache Antwort parat haben. Wenn es politisch opportun erscheint, werden Richterinnen und Richter angegriffen, Ernennungsverfahren infrage

gestellt oder familiäre Verbindungen öffentlich ausgeschlachtet. Zentrale demokratische Werte, etwa die Unabhängigkeit der Gerichte, gelten dann nicht mehr als unantastbar – insbesondere dann, wenn die öffentliche Meinung dies unterstützt. Vielen fällt es schwer zu erkennen, warum dies überhaupt problematisch sein sollte.

Deshalb ist es heute wichtiger denn je, den Menschen die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln.

So wie Polen eine schmerzhafteste Lektion durchlaufen musste, erleben wir gegenwärtig, dass die ganze Welt zu einer Art internationalem Rechtsstaatlichkeitslabor geworden ist. Doch selbst in solchen schwierigen Zeiten gibt es Anlass zur Hoffnung.

Ein Beispiel dafür ist die Einrichtung des Sondertribunals für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine, das die politische Führung der Russischen Föderation für den Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Verantwortung ziehen soll.

Ein weiteres Beispiel ist die jüngste Rede des kanadischen Premierministers Mark Carney in Davos, in der er gleichgesinnte Staaten dazu aufrief, sich für eine neue internationale Ordnung einzusetzen, die auf Werten beruht wie

„Achtung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Solidarität, Souveränität und territoriale Integrität einzelner Staaten“.

In diesem Zusammenhang kann die deutsch-polnische Partnerschaft eine entscheidende Rolle spielen. Unsere Länder sind starke Partner in Wirtschaft, Kultur und Verteidigung. Wir inspirieren einander und unterstützen uns gegenseitig im Einsatz für die Rechtsstaatlichkeit. Gemeinsam tragen wir Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union.

Gleichzeitig müssen wir die nächste Generation von zivilgesellschaftlich engagierten Menschen fördern. Denn letztlich wird der Widerstand gegen demokratischen Rückschritt und die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in ihren Händen liegen – und damit meine ich auch: in Ihren Händen, liebe Absolventinnen und Absolventen.

Warum müssen wir das tun? Weil ein starkes Europa, das auf gemeinsamen Werten und der Achtung des Rechts beruht, die einzige Garantie für unsere Sicherheit ist. Nicht nur angesichts der geopolitischen Bedrohung durch Russland und des andauernden konventionellen sowie hybriden Krieges, sondern auch vor dem Hintergrund tiefgreifender technologischer Veränderungen. Einfach nur zu hoffen, dass schon alles gut wird, ist keine Strategie.

Wenn wir in dieser schwierigen und komplexen Welt bestehen wollen, müssen wir unsere Institutionen schützen, die Menschenrechte verteidigen und die demokratischen Grundsätze bewahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.